» Für Friedensbildung statt Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr!

Seit dem 1. August 2015 arbeitet die Servicestelle Friedensbildung an Angeboten für LehrerInnen, an Fortbildungen und an Materialien für den Unterricht. Die bisher von der rot-grünen Landesregierung bereitgestellten Mittel reichen jedoch für ein flächendeckendes Angebot zur Friedensbildung nicht aus. Eine Finanzierungszusage liegt nur bis Ende 2016 vor.

Unsere Forderungen

... an die Landesregierung:

» Die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr
» Durchsetzung des Verbots von Bundeswehrwerbeveranstaltungen an und mit Schulen (z. B. Karrieretrucks, Bildungsmessen, Tage der Schulen bei der Bundeswehr)
» Mindestens eine Verdoppelung des Etats für Friedensbildung

... an die Bundesregierung:

» Durchsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: Keine Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren
» Keine Abenteuercamps oder Events, die den Soldatenberuf verharmlosen, für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche

» Wer wir sind

Die Kampagne wird getragen durch unterstützende Gruppen aus Baden-Württemberg. GEW, Kirchen, terre des hommes und Jugendringe sind wichtige verlässliche Partner, die unsere Kampagnenarbeit punktuell unterstützen.

Kontakt und weitere Informationen:
Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden"
c/o DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de

Spendenkonto:
Pax an, IBAN DE90 4306 0967 7021 1954 00, BIC GENODEM1GLS, GLS Bank, Stichwort „Schulfrei für die Bundeswehr"

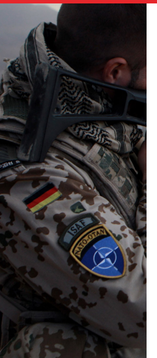
In der Kampagne arbeiten derzeit mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW), Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die Pressehütte Mutlangen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg.

» Die Kampagne wird 2015/16 gefördert durch die Bewegungsstiftung
» www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de | Facebook: Schulfrei für die Bundeswehr

Bewegungsstiftung
Ansätze für soziale Bewegungen
Gefördert durch: www.bewegungsstiftung.de

V.i.S.d.P. DFG-VK, Roland Blach, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

» Die Bundeswehr im weltweiten Dauereinsatz



Anfang Januar 2016 befanden sich mehr als 3.100 Soldaten in 18 Auslandseinsätzen. Ein Vorrang für zivile und gewaltfreie Strategien im Umgang mit Konflikten ist in der deutschen Außenpolitik nicht zu erkennen. Auf internationale Konflikte reagiert die Bundesregierung weiterhin mit militärischen Interventionen. Statt mehr Gelder für die zivile Konfliktbearbeitung bereitzustellen, plant die Bundesregierung die Ausgaben für Soldaten, Krieg und neue Waffen in den nächsten Jahren um 8 Milliarden Euro zu erhöhen. Große Teile der Bevölkerung stehen einer militärisch gestützten Außenpolitik ablehnend gegenüber. Um eine größere Akzeptanz für die Bundeswehr zu erreichen, wurden auf Initiative des Verteidigungsministeriums seit 2008 Kooperationsvereinbarungen zwischen acht Kultusministerien und der Bundeswehr unterzeichnet. Die aktuelle Bundesregierung von CDU/CSU und SPD will den Einfluss der Bundeswehr auf die Schule weiter verstärken. Im Koalitionsvertrag steht: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich."

» Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer

Auch in der aktuellen baden-württembergischen Kooperationsvereinbarung vom 14. August 2014 wird der Bundeswehr weiterhin ein vertraglich abgesicherter privilegierter Zugang zu Schulen eingeräumt. Zum Auftrag der Jugendoffiziere gehört, aus einer einseitigen Perspektive über die Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu informieren und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu legitimieren. Jugendoffiziere sind auch Türöffner für die sogenannten Karriereberater, die in den Schulen ganz konkret für den „Arbeitsplatz" Bundeswehr werben.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht und den vermehrten Auslandseinsätzen hat die Armee erhebliche Nachwuchssorgen. Da die Bundeswehr jährlich rund 15.000 neue Rekruten benötigt, wirbt sie verstärkt in Schulen, auf Messen oder in Job-Centern. Mit Großplakaten und Werbespots ist sie mittlerweile in den Leitmedien, den sozialen Netzwerken, auf Sportveranstaltungen aber auch in Jugendzeitschriften und Schülerzeitungen präsent. Jedes Jahr erreichen alleine die Jugendoffiziere und Karriereberater der Bundeswehr 300.000 bis 400.000 Schülerinnen und Schüler, darunter auch Kinder von gerade einmal elf Jahren.

» Werde aktiv und beteilige dich an der Kampagne

Gemäß § 58 c Soldatengesetz erhält die Bundeswehr von der Meldebehörde jeder Gemeinde einmal im Jahr die Adressen aller 16- bzw.17-Jährigen für eine einmalige Werbesendung (Jede/jeder hat das Recht, der Weitergabe der Daten zu widersprechen). Jährlich werden so rund 1.000 17-jährige Jungen und Mädchen als freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten eingezogen und an der Waffe ausgebildet. Diese Werbung von Minderjährigen für den Dienst im Militär widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat.